

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	8
I. Gemeinschaftlichkeit	14
II. Bürgertum	19
III. Selbstbestimmung	23
<i>Politische Entscheidungen</i>	23
<i>Gesellschaftliches Milieu</i>	34
IV. Konsequente Selbstbestimmung	37
V. Politische Pluralität	41
VI. Das heutige Parteien- und Präsidialsystem	48
VII. Zusammenfassung und Fazit	56

Vorwort

In dieser Schrift strebe ich an, einen kleinen Beitrag zur philosophischen, politikwissenschaftlichen sowie öffentlichen Debatte zu leisten. Der Stil ist bewusst schlicht und essayistisch gehalten. Historische Beispiele und wissenschaftliche Befunde werden nicht ausgiebig aufgearbeitet, sondern lediglich als Hinweise angeführt, um die Gedanken hinter bestimmten Formulierungen oder theoretischen Entscheidungen zu erhellen.

In erster Linie geht es darum, Unklarheiten in der heutigen öffentlichen Debatte zu tilgen und einen politischen Ansatz vorzuschlagen, der sich am Grundsatz der (individuellen sowie kollektiven) Selbstbestimmung orientiert. Dieser Grundsatz wird durch einen Aspekt der bestmöglichen Verwirklichung politischer Zielsetzungen ergänzt. Man könnte von einer (direkt-)demokratischen und aristokratischen Hybridtheorie sprechen. Es handelt sich jedoch nicht um einen detaillierten Gesellschaftsentwurf, sondern um die philosophische Erarbeitung von Vorschlägen. Ein Ziel dieses Buches ist, zu einer ungezwungenen Diskussion über die zukünftige Strukturierung unserer Gesellschaft beizutragen.

I. Einleitung

Ich habe lange überlegt, wie ich die im Folgenden vorgestellte Theorie nennen soll. Demokratie? Aristokratie? Demokratische Aristokratie, oder vielleicht lieber aristokratische Demokratie? Demokratismus? Dass es sich um eine Kombination aus verschiedenen Ansätzen handelt, verkompliziert die Namensfindung umso mehr. Letztendlich handelt es sich jedoch lediglich um einen Namen. Namen sagen bisweilen weniger über eine Theorie aus als darüber, welche Öffentlichkeitswirkung sie erzielen soll. Demnach gilt durchaus das lateinische Sprichwort *nomen est omen*: Der Name entscheidet darüber, in welche Denkrichtungen eine Theorie eingeordnet und wie sie rezipiert wird. Um Verwirrung und Verwechslungen zu vermeiden, habe ich mich deshalb für einen eigenständigen Begriff entschieden: Eleuthokratie (von altgriechisch *e-leuthería*, Freiheit – altgriechisch *kratós*, Herrschaft). Alternativ ließe sich der griffigere, jedoch sprachlich weniger angemessene Begriff der Volokratie verwenden (von lateinisch *voluntas*, Wille – altgriechisch *kratós*, Herrschaft).

Stellen wir uns also die Frage, in welche Denkrichtung oder welche politische Tradition diese Theorie einzuordnen ist. Hier entstehen unweigerlich Probleme, denn im eigentlichen Sinne handelt es sich nicht um eine politische Theorie – zumindest, wenn man das Wort ‘Politik’ verwendet, wie es heutzutage in der

öffentlichen Debatte großflächig verwendet wird. Politik ist ein weites Feld und umschließt politische Strukturen, Prozesse und Inhalte. Wenn jedoch heutzutage von Politik gesprochen wird, ist eher dasjenige gemeint, was im angelsächsischen Raum als politics und policy bezeichnet wird: konkrete politische Prozesse oder Inhalte – also beispielsweise die Frage, welche Finanz- oder Migrationspolitik verfolgt werden sollte. Besonders eingängig zeigt sich diese Tatsache im Zusammenhang mit dem in der zeitgenössischen Öffentlichkeit verwendeten Demokratiebegriff. Demokratie bedeutet wörtlich Volksherrschaft (altgriechisch demos = Gemeinde oder Volk, kratós = Herrschaft). Wenn heutzutage von Demokratie – bisweilen auch weniger kryptisch von Sozialdemokratie – gesprochen wird, ist jedoch etwas gänzlich anderes gemeint: Es geht um ein in sich geschlossenes weltanschauliches sowie politisches (im Sinne von policy) System, mit dem bestimmte politische Entscheidungen einhergehen. So werden manche Parteien als Demokraten gelobt, weil sie eine bestimmte Einwanderungspolitik verfolgen, hingegen andere Parteien als undemokratisch verunglimpft, weil sie eine davon abweichende Einwanderungspolitik propagieren. Das liegt unter anderem daran, dass das Wort ‘Demokratie’ in den letzten Jahrzehnten stark normativ beladen wurde. Letztendlich haben diese Fragen jedoch nichts mit Demokratie zu tun. In der Demokratie geht es nicht darum, welche Entscheidungen getroffen werden, sondern wie diese Entscheidungen getroffen

werden. Ob eine bestimmte Einwanderungspolitik demokratisch ist, ist nicht durch ihren konkreten Inhalt bedingt (also welche policy sie impliziert), sondern dadurch, wie sie entschieden wurde – ob durch Volksabstimmung oder nicht.

Der Historiker Egon Flaig hat davon gesprochen, dass im Fall der Demokratie eine der „grandiosesten begrifflichen Enteignungen der Moderne“¹ stattgefunden hat, denn mit tatsächlicher Demokratie haben die politischen Systeme des heutigen Westens nichts zu tun. Dort gibt es keine Volksabstimmungen über bestimmte Inhalte, sondern es werden Autoritäten ernannt, die jene Entscheidungen treffen sollen. Solche Systeme sind teilweise nahezu äquivalent mit antiken Königtümern und Oligarchien. Sie haben mit einer Demokratie, wie sie beispielsweise in Athen gelebt wurde, nichts zu tun. Abstruser Weise wäre gemäß dem heutzutage populären Demokratiebegriff geboten, viele Königtümer des antiken Europas als Demokratien zu bezeichnen.

Wie kam diese begriffliche Enteignung zustande? 1787 wurde noch anerkannt, dass es sich bei dieser heute gängigen Staatsform nicht um eine Demokratie handelt. Im Jahr 1850 wurde sie plötzlich als aristokratisch-ermäßigte oder veredelte Demokratie verklärt.² Doch auch Aristokratie bedeutet letztendlich etwas anderes – wörtlich: die Herrschaft der Besten/Kompetentesten. Passender

¹ Egon Flaig (1997) in: *Rechtshistorisches Journal*, 16.

² Vgl. Angela Pabst (2010): *Die Athenische Demokratie*, S. 108.

ist demnach das Wort Oligarchie, das wörtlich die Herrschaft der Wenigen bedeutet.

Friedrich Hölderlin hat einmal gesagt, dass Unterschiedenes gut sei. Differenzieren wir also. Es gibt einerseits politische Inhalte – was entschieden wird – und andererseits Strukturen, die diese politischen Inhalte entscheiden – wie entschieden wird. In diesem Buch soll es um das Zweite gehen. Was diese Strukturen angeht, gibt es mindestens eine weitere Differenzierung: Erstens, wie viele Menschen diese Entscheidungen treffen (Monarchie, Oligarchie, Demokratie, Pankratie – zur Pankratie später mehr) und zweitens, welche Menschen diese Entscheidungen treffen (zum Beispiel Aristokratie, Ethnokratie oder Plutokratie). Darum soll es im Folgenden gehen: Wie sollten politische Entscheidungen getroffen werden – wer sollte sie treffen?

Bevor wir uns dieser Frage widmen, möchte ich kurz einige Worte über konkrete politische Inhalte verlieren. Oftmals wird diskutiert, ob jene oder solche Wirtschaftsmaßnahmen oder jene oder solche außenpolitischen Maßnahmen die richtigen seien. Es wird weniger darüber diskutiert, welche Maßnahmen angemessen sind. Das ist ein großer Unterschied. Bei der Rede vom ‘Richtigen’ oder ‘Guten’ entsteht oftmals der Eindruck, als gäbe es bestimmte politische Maßnahmen, die allgemeingültig richtiger oder besser sind als andere. Ebenso wie eins plus eins zwei ergibt, entsteht fälschlicherweise der Eindruck, eine bestimmte politische Maßnahme

könne immer – in jedem Kontext – richtig sein. Das ist jedoch offensichtlich nicht der Fall. Das gesellschaftliche Zusammenleben ist ein komplexes und mehrschichtiges Phänomen. In einem Fall kann es sein, dass die intensive Besteuerung von Wohlhabenden kaum negative Auswirkungen hat, da diese Wohlhabenden beispielsweise in der kulturellen Identität einer Region oder einer Nation verwurzelt sind. In einem anderen Fall kann die intensive Besteuerung von Wohlhabenden dazu führen, dass sie in weiten Teilen in Nachbarländer migrieren, in denen weniger intensiv besteuert wird. Das Ergebnis davon wäre, dass die intensive Besteuerung der Wohlhabenden im zweiten Fall in absoluten Zahlen paradoxerweise zu geringeren Steuereinnahmen führen würde. Das ist nur ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ist die Rüstung. Aufrüstung kann einerseits zu einem Wettrüsten führen, das historisch betrachtet oftmals in militärischen Konflikten gemündet ist, oder es kann durch eine abschreckende Wirkung dazu führen, dass beispielsweise ein Gleichgewicht zu einem Aggressor entsteht, wodurch diplomatische Beziehungen entstehen und ein militärischer Konflikt vermieden wird. Dasselbe gilt in außenpolitischen Fragen: In einigen Fällen kann die Einwanderung von Migranten zu einem letztendlichen Nutzen für alle Beteiligten ausfallen, in anderen Fällen führt die Einwanderung von Migranten zu massiver Destabilisation in sämtlichen Regionen. Das Geflecht sozialer, kultureller, ökonomischer und geopolitischer Faktoren ist derart komplex,

dass es unmöglich ist, als Menschen oder sogar durch Computertechnologie Maßnahmen zu entwickeln, die sich für ausnahmslos jede historische, gegenwärtige oder zukünftige Situation eignen. Vielmehr widerspricht ein solches Denken fundamental den Realitäten der Politik im Allgemeinen. Bei alledem kristallisiert sich heraus, dass die Frage, wer politische Entscheidungen trifft, umso relevanter ist.

Wie auch immer man die Theorie, die ich hier formuliere, nennen mag, der zentrale dahinterstehende Gedanke ist folgender: Ebenso wie Individuen darüber entscheiden sollten, was sie selbst betrifft, sollten Gruppen oder Gemeinden darüber entscheiden, was sie selbst betrifft. Das ist der demokratische Aspekt dieser Theorie: Diejenigen, die etwas betrifft, sollen entscheiden. (Man könnte diesen Aspekt natürlich auch als den voluntaristischen Aspekt o.ä. bezeichnen.) Das ist letztendlich ein sehr simpler Orientierungspunkt, der sich jedoch in der Praxis auf unterschiedliche Weise verwirklichen kann. Ich behaupte, dass dies nicht nur im deontologischen Sinn (hinsichtlich der Richtigkeit unabhängig von den Folgen) die moralischste Maxime ist, um politische Strukturen zu organisieren, sondern zudem diejenige, die der Selbstbestimmung und dem Wohl von Individuen und Gemeinden am zuträglichsten ist (also hinsichtlich der Folgen).